Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48 Wilhelm-Straße Nr. 32. Fernsprecher: Redaktion: Amt VI, 3396. Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 192. [47. Jahrgang.] Sonntag den 16. August 1903. Erste (Abend-)Ausgabe. [47. Jahrgang.] Nr. 192.

Berlin, den 15. August.

Rückblicke.

Die letzte Woche brachte in der Presse wiederum allerhand sich widersprechende Mitteilungen über die einzelnen Steuerentwürfe anläßlich der Reichsfinanzreform. Auf Wein-, Inseraten-, Elektrizitätssteuern, Verdoppelung der Matrikularbeiträge und anderes mehr wurde gewarnt und von anderer Seite daran erneut der Wunsch nach Verwirklichung geknüpft. Aus den wiederholt dargelegten Gründen muß von einer solchen zurzeit abgesehen werden. Die verbündeten Regierungen werden die Vorlagen zum Beginn der parlamentarischen Kampagne veröffentlichen, und es wird damit zu einer mehrmonatlichen eingehenden Diskussion in Parlament und Presse Zeit und Spielraum gegeben sein. Nichts ist falscher, als die Annahme, mit den neuen Steuergesetzen solle der Reichstag, oder sollten die deutschen Steuerzahler überrumpelt werden; im Gegenteil eine möglichst gründliche Behandlung der Finanzfragen liegt im allgemeinen vaterländischen Interesse. Halbfertige einzelne Entwürfe aus dem Zusammenhang zu reißen und zu publizieren, ist aber niemals übrig gewesen und entspricht auch kaum dem Ernst der Lage. Werden aber die Entwürfe selbst nicht veröffentlicht, so kann natürlich auch nicht jede neue Steuermeldung berichtigt werden. Denn daraus entsteht eine halbe, mißverständene Oeffentlichkeit, die in niemandes Interesse liegt. Aus dieser Reserve im Dementieren wird sich die Regierung auch dann nicht herauslocken lassen, wenn einmal eine 100 prog. Vermögenssteuer oder die Enteignung der Jarrwasserkraft von Reichs wegen gemeldet wird.

Die kölnische Volkszeitung hat die Oeffentlichkeit mit der Mitteilung über ein von ihrem Gewährsmann gefertigtes Exposé unterhalten, leider aber nicht mitgeteilt, was darin steht. Exposés werden im Reichsschatzamt natürlich verfaßt. Wie jede Regierungsvorlage von einer Denkschrift begleitet ist, so wird erst recht der Entwurf für die Reichsfinanzreform als vielleicht die wichtigste Vorlage des letzten Jahrzehnts von ausführlichen und erschöpfenden Denkschriften und statistischem Material begleitet sein. Seit Monaten wird im Reichsschatzamt an der allgemeinen und speziellen Vorbereitung unablässig gearbeitet. Natürlich werden aber auch diese Entwürfe und Exposés geheim gehalten. Was der Gewährsmann der Kölnischen Volkszeitung hiervon etwa gesehen haben will, wird man wohl erst erfahren, wenn er es selbst sagt.

Im übrigen wäre es völlig irrtümlich, zu glauben, daß die eingehende Beschäftigung der Oeffentlichkeit mit der Reichsfinanzreform, wie sie auch in derartigen Meldungen zum Ausdruck kommt, der Regierung etwa unerwünscht wäre. Im Gegenteil — diese sieht nichts lieber, als wenn immer und immer wieder das für unsere nationale Zukunft entscheidende Problem einer Herstellung der deutschen Finanzen erörtert wird. Die deutschen Finanzen haben bisher darunter gelitten, daß sich die Allgemeinheit nicht hinreichend mit ihnen beschäftigte, sich nicht um sie sorgte. Wenn dies durch die Kämpfe um die Finanzreform anders wird, wenn die Finanzen in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gestellt werden, kann dies der notwendigen Neuregelung nur zu gute kommen. Die Allgemeinheit muß verstehen, daß es sich bei der Reichsfinanzreform um mehr als die Interessen einzelner Erwerbszweige, daß es sich hier um die Zukunft des Reichs, um eine nationale Frage allerersten Ranges handelt, die jeden einzelnen Deutschen angeht.

An die rückhaltlose Begeisterung und die weitherzige Gebefreudigkeit, die die Sache des Grafen Zeppelin in allen Gauen unseres Vaterlandes und in allen Schichten der Bevölkerung hervorgerufen, hat sich nicht nur die gehässige Schmähsucht der sozialdemokratischen Zeitungen verkleinernd und verhetzend herangemacht. Auch in der bürgerlichen Presse konnte man Auslassungen begegnen, die die gehobene Stimmung der Nation in der Aufbringung so reicher Mittel für das Werk des kühnen Luftschiffers zwar nicht gerade bekämpften, aber doch meinten, ob Volk und öffentliche Meinung hier des Guten nicht zu viel täten, und ob die schnell zusammenfließenden Gelder nicht auch in anderer Weise nutzbringend zu verwenden wären. Es scheint eben heutzutage für alle starken und reinen Impulse nörgelnde Besserwisser geben zu sollen, die retardierend zu wirken trachten. Man verträgt in gewissen Kreisen die gesunden Regungen der Volksseele nicht mehr. Man differenziert und kritisiert und steht offensichtlich auf zu schwachen Beinen, um eine große, aus der Seele der Nation hervorbrechende Leidenschaft noch aufrecht zu erhalten. Aber man schämt sich auch vielleicht, mit in den allgemeinen Chorus der froh Begeisterten einzustimmen. Doch, sei dem, wie ihm sei: wir wollen uns durch solche Trübsalsblaserei die freudige Genugtuung an dieser ganzen, durch die Ballonkatastrophe von Echterdingen einfachte Bewegung nicht verkümmern lassen. Denn war je ein Vorgang volkstümlich und ursprünglich, da ihm jeder künstliche Anreiz fehlte, dann diese jäh emporgeflammte Teilnahme für den Grafen Zeppelin und seine Erfindung, dann diese Raschheit, mit der die Nation die Mittel aufbrachte, auf daß Zeppelin sein Werk von neuem in die Hand nehmen und es weiter ausbauen und vervollkommnen könne! Groß und klein, arm und reich, alt und jung hat sein Scherflein zu dem immer noch anschwellenden Fonds zur Erbauung neuer Luftschiffe beigetragen. Das Wort, hier sei eine nationale Pflicht zu erfüllen, blieb wahrlich keine Phrase. Es wurde mit einem über alles Erwarten großen Eifer betätigt; und ein jeder hatte das Empfinden, daß gerade nach außen hin diese Seite der Angelegenheit zu betonen und zu accentuieren sei, um die etwaige Schadenfreude unserer ausländischen Gegner gegenüber und ein für allemal abzutun. Das ist denn auch glänzend gelungen. Doch noch unter einem anderen Gesichtspunkte wollen wir diese hochgemute Volksstimmung für Zeppelin als eine wohltuende Erscheinung begrüßen und bewerten. Ist schon der klare und ungemischte Enthusiasmus an sich eine Regung der Menschenseele, die stets erhebend und fortreißend wirkt, so muß er in unserem Falle fast wie eine Erlösung angesprochen werden. Seit Wochen und Monaten waren in der Oeffentlichkeit bestimmte Dinge in einer alles ethische und ästhetische Empfinden roh verletzenden Manier breitgetreten worden. Man wühlte in „Fragen", deren publizistische Erörterung noch vor einem Dezennium eine sittliche Unmöglichkeit gewesen wäre. Die Sensation konnte mit ihrer Spekulation auf niedrige Triebe wahre Triumphe feiern. Eine abgefeimte Verbrecherin wurde zu einer interessanten „Tagesgröße", für die man sogar Kapazitäten der Psychiatrie mobil zu machen für gut befand. Zu allen Attacken gegen das öffentliche Schamgefühl gesellten sich brutale Geschmacklosigkeiten. In diese Atmosphäre eines widrigen Dunstes ist nun die allgemeine Zeppelin-Begeisterung wie ein befreiender Sturmwind hineingefegt. Keine „Sexualprobleme", keine „psychopathischen" Geistesfreiheiten, keine „wissenschaftlich" frisierten Gartigkeiten mehr; statt dessen ein ehrlicher und unverfälschter Enthusiasmus für eine feine und würdige Sache: — Jott sei Dank!

Im Anschluß hieran seien einige Bemerkungen aus einem Leitartikel des Wiener Fremdenblattes gegeben, die uns die große Bewegung für den Zeppelin besonders treffend zu charakterisieren scheinen. Es erleben in dieser Tage ein jubelndes Deutschland, das erhebendste Schauspiel, das die Geschichte unserer Zukunft leuchten wird. Von Stürmen, ein ganzes Volk gestellt in opferfreudiger Begeisterung. Von Aachen bis nach Königsberg, vom Bodensee bis an die Nordsee bringen sie ihren Teil an dem großen nationalen Werke, Gelehrte, Politiker, Künstler, Männer der Technik, des Handels und der Industrie, Handwerker und Arbeiter, alle, alle, ohne Unterschied des Namens und Standes, des Alters, der politischen, wirtschaftlichen und Weltanschauungen, und wie alle die trennenden Momente heißen, an denen die Kämpfe des Tages sich nähren. Und wenn etwas aus der jubelnden Einmütigkeit vielleicht noch hervorlünte, so war es die begeisterte Anteilnahme des Schwabenlandes, des Stammlandes des kühnen Grafen, der die kraftvolle Sicherheit der Leute seiner engeren Heimat in seinem Leben und Wirken bewies. Kaum 24 Stunden nach der Katastrophe waren aus dem Deutschen Reiche bereits 2½ Mill. Mark durch freiwillige Spenden aufgebracht, damit der Wiederaufbau eines Zeppelinschen Luftschiffes gesichert sei. Mit den Hunderttausenden der Reichen, der kapitalstarken Korporationen kamen die bescheidenen Beiträge des schlichten Mannes aus dem Volke. Ehe noch die ganze Aktion so recht organisiert war, ergab sich eine natürliche Organisation durch den gemeinsamen Willen aller zu dem nationalen Werk. Und die freudigsten Kundgebungen und Ehrungen, mit denen man den erfolgreichen Zeppelin überschüttete, fanden ihre Ergänzung in der materiellen Opferwilligkeit, mit welcher man ihm zu Hülfe eilte, als sein von so starken Hoffnungen begleitetes Werk unterging. Der Idealismus eines ganzen Volkes betätigte sich auf einem ganz realen Gebiete, das eigentlich die Domäne des Ingenieurs und des Soldaten ist, zur praktischen Verwirklichung einer Idee, welche diesem jungen Jahrhundert vielleicht einst den Namen geben wird."

Weiter möchten wir noch den Schwäbischen Merkur mit einer Zuschrift zum Wort kommen lassen, in der es mit Bezug auf die tiefere Bedeutung der Zeppelin-Bewegung heißt: „Wann, möchte ich fragen, ist seit dem Jahre 1870 ein solcher frischer Zug durch unser Volk gegangen wie in den letzten Tagen; ist es nicht für jeden Vaterlandsfreund hocherfreulich, zu sehen, wie der nationale Gedanke alle oft so schroffen Gegensätze der politischen Gesinnung, der Bevölkerungsklassen, des Reichtums und der Armut hinwegfegt und alle eines Sinnes gemacht hat in der Würdigung der nationalen Bedeutung des Zeppelinschen großartigen Werkes? Und so kommt man zu dem Schluß, daß der materielle Schaden, so groß er auch ziffermäßig sein mag, wenig zu bedeuten hat gegenüber dem unberechenbaren inneren Gewinn, den das deutsche Volk aus dem Unglück gezogen hat, und gegenüber einem dem Ausland gegebenen Beweis, daß das deutsche Volk, wenn es sich um nationale Fragen und Abwehr von Gefahr handelt, trotz mancherlei Verfahrenheit in wenigen Stunden sich fest zusammenschließt und ebenso zielbewußt wie tatkräftig handelt. Also vergessen wir den Verlust, freuen uns aber des bleibenden Gewinnes!"

Ueber die Frage der Stellung der Parteien zur Reichsfinanzreform und des durch diese Angelegenheit bedingten Verhältnisses der Parteien zueinander ist die Diskussion im Laufe der Woche stiller gewesen. Wir lassen hier abermals zur Orientierung unserer Leser über die einschlägige Polemik einige Stimmen folgen, ohne damit selbst ein festlegendes Urteil abgeben zu wollen. In einem Artikel über die eventuelle Mitwirkung des Zentrums an dem Zustandekommen der Finanzreform hatte die nationalliberale Straßburger Post bemerkt: „Die Hoffnung des Zentrums, daß um seiner Mitwirkung willen der Block gesprengt werden würde, wird sich nicht erfüllen. Der Block hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens so gut bewährt, daß die Sehnsucht nach der Wiederkehr der Zentrumsherrschaft nur sehr mäßig ist. Außerdem steht es fest, daß die Finanzreform auch ohne das Zentrum gemacht werden kann. Eine Mitarbeit an dieser Reform, in der man allmählich eine nationale Aufgabe zu sehen beginnt, ist von seiten der Zentrumsparteien in jeder Beziehung erwünscht. Es ist aber nicht einzusehen, worum für diese Mitwirkung, zu der das Zentrum sich selbst gedrängt fühlt, ein Preis bezahlt werden sollte, vor allen Dingen ein so hoher, wie es die Sprengung des Blocks sein würde."

Hierauf erwiderte die Kölnische Volkszeitung und sagte u. a.: „. . . Ueberhaupt sollte man allmählich erkannt haben, daß das Zentrum durchaus nicht geneigt ist, der Abwicklung des Blockregiments künstlich nachzuhelfen, sondern, daß es gerade vom Zentrumsstandpunkte weitaus das beste ist, den Dingen einfach ihren Lauf zu lassen. Der Block ist ein Erzeugnis der Blockstimmung, und diese würde, wenn der Block durch eine Mine des Zentrums gesprengt würde, nicht mit dem Block verschwinden, sondern aus der Erbitterung über ein jähes Ende erst recht neue Nahrung saugen. Die Blockstimmung kann nur dadurch überwunden werden, daß die Verfehltheit des Blockgedankens dem ganzen Volke, den Anhängern der beteiligten Parteien selbst, zum Bewußtsein kommt. So weit sind wir aber noch lange nicht; jede Erkenntnis braucht Zeit, bis sie durch den Wust von Vorurteilen und Leidenschaften sich durchringt. Auch die konservativen Blätter, die nach ihrem eigenen Ausdruck das Zentrum „umwerben", erklären dabei ja, der Block müsse trotzdem bleiben. Man denkt sich das Zentrum nur als taktische „Reserve". In dieser Lage, die durchaus nicht dazu angetan ist, vom Zentrum mit Liebeserklärungen nach der Gegenseite beantwortet zu werden, kann das Zentrum, auch abgesehen von dem schon vorhin entwickelten allgemeinen Grunde, nicht daran denken, eine Sprengung des Blocks ins Auge zu fassen. Das Zentrum wird den Block Block sein lassen und lediglich abwarten, ob die Blockparteien sich entschließen werden, wenigstens den exklusiven Herrenstandpunkt, den sie bisher im Reichstage betätigten, zu verlassen und das Zentrum als im Reichstag gleichberechtigte politische Partei anzuerkennen. Das ist das einzige, worauf es jetzt zunächst ankommen kann. Von einem Handelsgeschäft aber kann dabei keine Rede sein, denn unsere Forderung besagt nur etwas, das von Rechts wegen ganz selbstverständlich sein sollte, und bei solcher Lage der Dinge braucht natürlich das Zentrum auch seinerseits die Zahlung eines Preises nicht in Aussicht zu nehmen. Will man die Temperatur im Reichstage verbessern — gut, auch das kann ja nicht ohne politische Wirkungen sein, aber den Gedanken, Reichsfinanzreform, Sprengung des Blocks und „Wiedereinschaltung" des Zentrums in engeren Zusammenhang zu bringen, lasse man nur ruhig fallen!"

Diese Aeußerungen veranlassen dann den konservativen Reichsboten zu nachstehender Replik: „Der Reichstag muß seinen nationalen Beruf hoch halten. Herr Dr. Bachem hat neulich im Tag erklärt, wenn dem Zentrum wieder ein Platz im Präsidium zuerteilt würde, dann werde es auch an der Lösung der Finanzreform teilnehmen. Das ist ein falscher Standpunkt, der das Parteiinteresse über das Reichsinteresse stellt und verkennt, daß das Zentrum durch seine Haltung den Ausschluß aus dem Präsidium hervorgerufen hat, so daß also dieser Ausschluß nur aufgehoben werden kann, wenn das Zentrum durch Tatsachen bekundet, daß es diese seine Haltung ändern will. Wenn es aber bei seiner Haltung beharrt und verlangt, daß der Reichstag und die Regierung vor ihm in Sack und Asche Buße tun, so wird auch die Stellung der nationalen Parteien zu ihm bleiben, wie sie ist. Die N. Allg. Ztg. macht zu der Behauptung der Germania, daß das Zentrum durch den Fürsten Bülow gezwungen worden sei, sich als außerhalb des Kreises der Parteien zu betrachten, deren Unterstützung die Regierung wünsche, zwei Fragezeichen — und mit Recht, denn die Tatsache, daß die Regierung die nationalen Parteien an ihre Seite rief, war erst die Folge der oppositionellen Haltung des Zentrums. Die Regierung hat mehr als genug bewiesen, daß ihr die Unterstützung des Zentrums ebenso willkommen ist, wie die der anderen Parteien; aber sie will sich nicht fortwährend unerfüllbare Forderungen für diese Unterstützung aufzwingen lassen, wie es das Zentrum bisher tat. Hoffentlich sind die patriotischen Elemente im Zentrum so einsichtsvoll, das anzuerkennen und die Haltung des Zentrums danach zu ändern. Das muß das Zentrum sich doch selbst sagen, daß es in seinem jetzigen Schmollwinkel keine glänzende Rolle spielt, zumal es da auf die Hülfe der Sozialdemokratie angewiesen ist, und es dabei in Gefahr steht, immer tiefer auf die Stufe der radikalen Demokratie hinabzusinken, wo ein Rückzug an die Seite der Regierung und der konservativen Parteien immer schwerer wird."

Zu den in diesem Zusammenhange aufgetauchten und ventilierten Vermutungen über die unterschiedlichen, für neue Einnahmequellen eventuell in Frage kommenden Steuerobjekte verdient ein Bonmot des radikalen Politikers Herrn von Gerlach in der Welt am Montag festgenagelt zu werden, das dahin lautete: „Es ist weder illiberal noch unsozial, Tabak und Alkohol zu besteuern." Was werden die sozialdemokratischen Freunde Gerlachs zu solcher Ketzerei sagen?!

Eine Zuschrift über die Haltung des Jungnationalliberalen Reichsverbandes gegenüber dem Gedanken der liberalen Einigung hat der Generalsekretär des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend, Fritz Köhler, an die Kölnische Zeitung gerichtet. Da ihr eine grundsätzliche Bedeutung zuzukommen scheint, lassen wir sie hier folgen:

„Schon ehe der Nationalverein für das liberale Deutschland den Einigungsgedanken innerhalb des deutschen Liberalismus propagierte, hatte sich seit seiner Gründung der Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend um die Einigung im liberalen Lager bemüht und dieses Streben nach dem Zusammenschluß aller liberal denkenden Männer zu einem seiner Programmpunkte erhoben. In den letzten Jahren ist nun die Forderung der Einigung des deutschen Liberalismus immer stärker und lauter von allen liberalen Parteien betont worden. Der Frankfurter programmatische Zusammenschluß der linksliberalen Parteien, das Nürnberger Einigungsprogramm des bayerischen Liberalismus bilden Marksteine auf dem Wege zur gemeinsamen Arbeit des deutschen Liberalismus. Seit Jahresfrist dient nun auch der Nationalverein dem sicher großen Gedanken der liberalen Einigung. Die Blockpolitik ist bei weitem das Gefäß des Zusammengehörens der liberalen Parteien deutlicher worden. Nur sind die Wege, die zu dieser Einigung führen sollen, verschieden. Während der Nationalverein das stolze Gebäude von innen beginnend aufführen will, das heißt, während er glaubt, diese begehrte Einigung dadurch zu erreichen, daß er den einzelnen für den liberalen Einigungsgedanken gewinnt, suchten die linksliberalen Parteien durch ein gemeinsames Programm politischer Forderungen dem erstrebten Ziele der Einigung zu dienen. Bei dem letzten Bemühen zog man die nationalliberale Partei nicht hinzu. Das mußte auffallen, da ja doch der nationale Liberalismus die bei weitem größte Mitgliederschaft im deutschen Volke besitzt. Es war deshalb wohl kein Wunder — und durchaus zu verstehen —, wenn die nationalliberale Partei sich zu den Einigungsbestrebungen der anderen nicht drängte. Es war dies Verhalten der nationalliberalen Partei taktisch ebenso richtig als politisch klug. Der Reichsverband der nationalliberalen Jugend hatte sich in Kaiserslautern auf derselben Standpunkt wie die alte Partei. Man tadelte, daß die linksliberalen Fraktionen sich bei ihren Frankfurter Einigungsbemühungen nicht auch mit der größten liberalen Partei ins Einvernehmen gesetzt hätten, und stellte es den Mitgliedern der nationalliberalen Jugend frei, ob sie dem Nationalverein beitreten wollten. Um so bemerkenswerter ist wohl eins von dem Gesamtvorstand des Reichsverbandes zu der diesjährigen Vertreterversammlung in Elberfeld (10. und 11. Oktober) vertretener Antrag, der die nationalliberale Parteileitung auffordert, die nötigen Verhandlungen mit den anderen liberalen Parteien einzuleiten, um einen gemeinsamen Ausschuß zu schaffen, in dem die einzelnen liberalen Gruppen je nach ihrer Stärke vertreten sein sollen. Dieser Ausschuß soll dazu dienen, alle den deutschen Liberalismus interessierenden Fragen gemeinsam zu besprechen und, wenn nur irgend möglich, so ein gemeinsames Vorgehen der liberalen Parteien von Fall zu Fall zu sichern. Wir glauben, daß die nationalliberale Parteileitung sich um die Einigung des deutschen Liberalismus, die von dem deutschen Volke lebhaft erwünscht wird, ein Verdienst erwerben kann, wenn sie dem Vorschlage des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend zur Schaffung eines gemeinsamen Ausschusses sämtlicher liberalen Parteien nicht nur näher tritt, sondern die Verwirklichung dieses Vorschlags tätig betreibt."

Der nationalliberale Hannoversche Courier nimmt die Anregung sympathisch auf und hofft, daß sich ihr die nationalliberale Parteileitung nicht versagen möge: „Ein festerer Zusammenschluß der verschiedenen liberalen Parteien und vor allem der Fraktionen ist die wesentlichste und dringendste Aufgabe, die dem deutschen Liberalismus in unserer Zeit gestellt ist, wo die Feinde von allen Seiten gegen ihn anstürmen. Da geht es nicht an, um irgendwelcher Einzelvorgänge willen sich lau und abseits zu verhalten, sondern es gilt, ehrlich und aufrichtig auch mit den Liberalen anderer Observanz daran zu arbeiten, daß das liberale Bürgertum endlich wieder die Stellung erringt, die ihm zukommt. Das kann nur auf dem Wege einer ernsthaften Verständigung geschehen, und die Form des Zusammengehens, die von dem Reichsverband unserer Jugendvereine vorgeschlagen wird, ist bei einigem guten Willen erreichbar und lebensfähig." — Die Frankfurter Zeitung bezweifelt dagegen, daß die angestrebte Einigung aller Liberalen gelingen werde, und weist insbesondere auf das preußische Wahlrecht als den Stein des Anstoßes für die verschiedenen liberalen Richtungen hin. Von seinem demokratischen Standpunkte aus glaubt das Blatt die Linke sogar davor warnen zu müssen, sich mit Rücksicht auf die rechtsstehenden Nationalliberalen „etwa in der temperamentvollen Vertretung ihrer Ansichten beeinträchtigen" zu lassen.

Aus dem Lager der Sozialdemokratie erklingt bereits so etwas wie eine Ouvertüre zu dem am 13. September in Nürnberg beginnenden Meeting der Partei. Die „Genossen" im Süden wollen wieder einmal anders als die offizielle Parteileitung im Norden; und darob Erbitterung hüben und gereizte Erwiderungen drüben. Nach dem Vorwärts, der wutschnaubend eine „Auflehnung gegen die Parteidisziplin" feststellte, ist die Sache diese: Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten der süddeutschen Staaten hätten vor einiger Zeit in Stuttgart eine Konferenz abgehalten und die Beseitigung des Beschlusses des Lübecker Parteitages beschlossen, der mit gewissen Ausnahmen die Ablehnung des Budgets zur Pflicht machte; ferner hätte der Vorstand der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion nicht nur beschlossen, bei der Abstimmung über den Etat für das gesamte Budget zu stimmen, sondern auch dem allgemeinen Parteivorstand auf Grund eines Schweigegebotes die gewünschte Auskunft verweigert. Der Berliner sozialdemokratische Parteivorstand habe darauf nach Mannheim telegraphiert, daß es ihn kein Schweigegebot gäbe; er bitte, solche Kindereien gefälligst zu unterlassen und nunmehr umgehend Bericht zu erstatten. Einige Tage später schrieb der Vorwärts: „Der Disziplinbruch vollendet!" und teilte mit, daß die badische sozialdemokratische Landtagsfraktion dem Parteivorstande die erwünschte Auskunft verweigert, daß sie aber das Finanzgesetz in der Zweiten badischen Kammer mit 9 Stimmen angenommen hätte. Diese Haltung empörte das offizielle Parteiorgan aufs tiefste. Es schrieb u. a.:

„Wir sind freilich der Ueberzeugung, daß die Masse der Gesamtpartei einmütig diesen Bruch der die Demokratie festlegenden Parteiverfassung in der schärfsten Form verurteilen wird! Würde doch ein solches Verfahren, wie es die badischen Funktionäre beliebten, nichts geringeres als die Aufhebung aller Parteidisziplin, die Lockerung aller Parteizusammenhalts, die Zerstörung der Demokratie bedeuten! Denn wenn künftig jede Parteiöffentlichkeit tun könnte, was ihr gefällt, wenn sie sich künftig jeder Verantwortlichkeit gegenüber der von der Gesamtpartei geschaffenen Zentralinstanz, diesem Aufsichtsorgan des Parteiwillens, zu entziehen vermag, dann gäbe es fürder keine Partei, einige sozialdemokratische Partei mehr, sondern Zerrissenheit, Uneinigkeit, Sonderbündelei, Parteikularismus und Cliquenwesen wären der traurige Rest!"

An einer Antwort ließen es die badischen „Genossen" nicht fehlen. So schrieb das Karlsruher sozialdemokratische Blatt Volksfreund:

„Die Aufregung des Vorwärts ist völlig deplaciert. Wenn die Fraktion ihren Beschluß der Oeffentlichkeit bisher nicht bekanntgegeben, so geschah das aus dem einfachen Grunde, weil das weder üblich, noch praktisch zweckmäßig ist. . . . Die badischen Parteigenossen, welche die Tätigkeit ihrer Abgeordneten sehr genau verfolgen, hätten es nicht begriffen, wenn die Fraktion bisherhin den Etat ablehnte, nachdem sie sich um das Zustandekommen der Beamtengesetze in so hervorragendem Maße bemüht hat. Es ist nichts unterlassen worden, was die Kritik des Vorwärts rechtfertigte. Der Beschluß der badischen Landtagsfraktion ist nicht ohne Kenntnis der Redaktion der Volksstimme und des Volksfreundes, sowie des Landesvorstandes zu stande gekommen."

Weiter erließ der sozialdemokratische Abgeordnete Keil in der Schwäbischen Tagwacht eine Erklärung, in der er bezweifelte, ob es richtig gewesen sei, die Sache gleich mit solcher Vehemenz zu behandeln. Der Parteivorstand oder der Vorwärts hätten auf eine Anfrage in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt bereitwilligst Antwort bekommen. Der Landesvorstand der badischen Partei aber habe diese Auskunft nicht geben können, da er an der Konferenz nicht teilgenommen habe. Auf der Konferenz, die sich keineswegs als geheimes Konventikel betrachtet, seien Fragen besprochen worden, die für die Gesamtheit aller süddeutschen Staaten von gemeinsamem Interesse seien. Im übrigen aber liege zu dem alarmierenden Auftreten des Vorwärts kein Grund vor. Ein Beschluß, künftig für die Budgets zu stimmen, sei eben nicht gefaßt worden.

Inzwischen haben auch die bayerischen Sozialdemokraten in der Kammer der Abgeordneten für das Budget gestimmt, was den Vorwärts zu diesem Wehrruf veranlaßt:

„Es ist natürlich der reine Zufall, daß jetzt auch die bayerische Landtagsfraktion für das Budget gestimmt hat, trotzdem der bayerische Etat zu allem übrigen auch noch (!!) den bayerischen Militäretat enthält! Der Parteitag in Nürnberg wird ein ernstes Wort sprechen müssen!"

Diese Vorgänge sind gewiß nicht ohne Interesse. Schon allgemein menschlich erregt das Verhalten der süddeutschen Fraktion der Sozialdemokratie die Aufmerksamkeit jedes Beobachters unserer politischen Verhältnisse, da es zeigt, daß selbst die Sozialdemokraten bisweilen sich bemüßigen sehen, verständig zu handeln und auch dem heutigen Staate zu geben, was des Staates ist. Wenn aber bürgerliche Parteiorgane in der Fehde zwischen den süddeutschen Landtagsabgeordneten und der Berliner Zentralinstanz der deutschen Sozialdemokratie die Anfänge einer Wiedererstarkung der revisionistischen Bewegung oder gar den Beginn einer tiefgehenden Spaltung erblicken, so können wir ihnen darin nicht folgen. Da und dort mag eine flüchtige Abneigung gegen den ewig unfruchtbaren Protest, ein sachlicherer Blick für die Wirklichkeit und die Lust, Positives zu leisten, den oder jenen zu Handlungen veranlassen, die mit dem Talmudgesetz der sozialdemokratischen Parteiprogramme nicht zu vereinigen sind. Wir haben dieses Schauspiel ja des öfteren erlebt und erleben es in diesem Augenblick wieder in Süddeutschland. Aber alle solche Versuche, wider den Stachel zu löcken, sind vergeblich. Der negative Geist der sozialdemokratischen Doktrin zwingt die Neuerer stets wieder zurück. Die Haltung des Vorwärts ist daher wenigstens konsequent in der richtigen Erkenntnis, daß die deutsche Sozialdemokratie sich selber und ihre Idee zerstört, wenn sie ihre Dogmatik der Negation fahren läßt. Wir haben deshalb nie die Ansicht teilen können, daß die Sozialdemokratie sich je aus sich heraus zu positiver Arbeit auf politischem Gebiete entwickeln könnte. Der Revisionismus ist nicht nur tot, er hat eigentlich nie gelebt. Das sozialdemokratische Lehrgebäude ist nicht entwicklungsfähig, weil es nicht lebendig ist. Wir meinen nach alledem, daß die Süddeutschen sich der gestrengen Zentralinstanz in Berlin wohlöblich unterwerfen werden. Schon die von jeder Höflichkeitsschminke freie Sprache, die der Vorwärts gegen sie führt, beweist, daß er seiner Sache sicher ist. In Nürnberg wird es nicht an Ausbrüchen gemeiniger Redestuten fehlen; im übrigen aber bleibt alles beim alten.

Rundschau im Auslande.

Zur Lage in der Türkei.

Der Temps schreibt, daß die Jungtürken in der russischen Note über Mazedonien keine Bedrohung der Freiheit ihres Handelns zu erblicken brauchten. Sie würden das Vertrauen Europas behalten, wenn sie fortführen, ohne Hintergedanken an der Beseitigung des neuen Regimes zu arbeiten.

Aus Konstantinopel, d. 14., wird telegraphiert: Gazetta Sabah meldet, der Großwesir habe Befehl gegeben, daß von heute ab die mazedonischen Ausnahmegerichte ihre Tätigkeit einstellen.

Der Ausstand der Tramwayangestellten und der anderen Arbeiter, mit Ausnahme der Hafenauslader, ist beendet.